

Christlich Demokratische Union Deutschlands
Presseinformation
Burgdorf, Lehrte, Uetze 08.10.2008

Die CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Barthold Plaß (Burgdorf) Jürgen Kelich (Lehrte) und Dirk Rentz (Uetze) erklären zur aktuellen Gesamtschuldiskussion:

Die CDU Stadtverbände Burgdorf und Lehrte sowie der CDU Gemeindeverband Uetze bekennen sich zur Beibehaltung und Stärkung des wohnortnahen, begabungsgerechten, differenzierten gegliederten Schulwesens, das ausgerichtet ist auf die Förderung der vielfältigen Begabungen unserer Kinder und Jugendlichen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen im Osten der Region Hannover in angemessener Entfernung Bildungseinrichtungen des in Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien gegliederten weiterführenden Schulwesens erreichen können.

Die CDU Stadtverbände Burgdorf und Lehrte sowie der Gemeindeverband Uetze begrüßen es, dass die Landesregierung und die sie im Landtag tragenden Fraktionen das Gesamtschulgründungsverbot aufgehoben haben und dass nun im Schulgesetz den Schulträgern die Möglichkeit eröffnet worden ist, neue Gesamtschulen zu gründen. Da neue Gesamtschulen aber nur in begründeten Einzelfällen zugelassen werden sollen, hat der Gesetzgeber für die Neugründung neuer Gesamtschulen den Kommunen einige Bedingungen aufgegeben, die von den drei Ostkreis-Kommunen - nach Einschätzung der drei CDU Verbände - so nicht erfüllt werden können. Nur dort, wo ein nachhaltiger Elternwille nachgewiesen werden kann und das gegliederte Regelschulsystem dauerhaft nicht gefährdet wird, können in Einzelfällen auf Antrag des Schulträgers neue Gesamtschulen eingerichtet werden, wenn auch perspektivisch genügend Schüler für eine neue Gesamtschule nachgewiesen werden können. Insoweit bleibt abzuwarten, wie das Ergebnis der Elternbefragungen der jetzigen Jahrgangsstufen 1 bis 4 an den Lehrter Grundschulen ausfallen wird. Des Weiteren werden aber auch die Stellungnahmen der betroffenen Schulen in Lehrte und den Nachbarkommunen Uetze, Burgdorf und Sehnde große Bedeutung erhalten, insbesondere mit Blick auf die demografische Schülerentwicklung. Schon jetzt wird seitens der Lehrter Stadtverwaltung prognostiziert, dass allein mit Lehrter SchülerInnen die vorgeschriebene Fünzfügigkeit einer IGS nicht erreicht werden kann und man insoweit auf Schüler aus den Nachbarkommunen angewiesen sei. Dieses ginge vor allen Dingen zu Lasten

des Schulstandortes Uetze. Eine IGS in Hämelerwald ist dagegen für Burgdorfer SchülerInnen aus Gründen der verkehrlichen Anbindung absolut inakzeptabel.

Vor diesem Hintergrund kann dem Vorstoß der SPD-Lehrte und Bündnis 90/Die Grünen, die in Hämelerwald bestehende Haupt- und Realschule zu einer Integrierten Gesamtschule mit einem gymnasialen Bildungsgang weiterzuentwickeln, nur eine Absage erteilt werden, da dies unabsehbare Folgen für die bestehenden Schulen in Lehrte, Burgdorf und Uetze haben wird. Die Gründung einer Integrierten Gesamtschule in Hämelerwald werde unter den sich abzeichnenden Bedingungen abnehmender Schülerzahlen gravierende Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung von Schulangeboten und –standorten haben. Es muss bedacht werden, dass die bauliche Erweiterung des bestehenden Schulzentrums in Hämelerwald angesichts der rückläufigen Geburtenquoten in unseren Kommunen nur zu Lasten anderer Schulstandorte gehen wird. Für die Existenz von dann insgesamt zwei gymnasialen Einrichtungen und einer weiteren für später angedachten gymnasialen Oberstufe gibt es dauerhaft keine ausreichende demographische aber auch keine finanzielle Basis. Die Folge wären leerstehende Unterrichtsräume. Sinnvoller sei es daher, die bestehenden Schulgebäude und Turnhallen zu modernisieren, den hohen Ausstattungsstandard für die Zukunft zu gewährleisten und die Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten, wie seit langem von der CDU gefordert, an den Schulen endlich in Gänze zu realisieren.

Gez. Barthold Pläß (Burgdorf)

Gez. Jürgen Kelich (Lehrte)

Gez. Dirk Rentz (Uetze)